

Antrag

der Abgeordneten Carina Konrad, Renata Alt, Christine Aschenberg-Dugnus, Christian Bartelt, Nicole Bauer, Jens Beeck, Dr. Jens Brandenburg (Rhein-Neckar), Mario Brandenburg (Südpfalz), Dr. Marcus Faber, Daniel Föst, Otto Fricke, Maximilian Funke-Kaiser, Martin Gassner-Herz, Anikó Glogowski-Merten, Julian Grünke, Thomas Hacker, Ulrike Harzer, Peter Heidt, Katrin Helling-Plahr, Katja Hessel, Manuel Höferlin, Dr. Christoph Hoffmann, Reinhard Houben, Olaf in der Beek, Gyde Jensen, Dr. Ann-Veruschka Jurisch, Dr. Lukas Köhler, Konstantin Kuhle, Dr. Thorsten Lieb, Michael Georg Link (Heilbronn), Kristine Lütke, Ria Schröder, Anja Schulz, Dr. Stephan Seiter, Judith Skudelny, Bettina Stark-Watzinger, Benjamin Strasser, Jens Teutrine, Stephan Thomae, Johannes Vogel, Katharina Willkomm und der Fraktion der FDP

Mit neuen Züchtungsmethoden nachhaltigere Landwirtschaft ermöglichen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die globale Agrar- und Lebensmittelproduktion steht vor großen Herausforderungen: Klimawandel und Bevölkerungswachstum erfordern eine Neuausrichtung im Agrarsektor. Die Fläche, die der Nahrungsmittelproduktion zur Verfügung steht, steht nicht nur in Konkurrenz zu Wohnraum, Industrie und Naturschutzgebieten, sondern wird auch etwa durch Folgen von Extremwetterereignissen, Bodenverdichtungen und Schädlingsdruck belastet. Die zentrale Aufgabe der kommenden Jahrzehnte wird es sein, mit weniger Fläche und knappen Ressourcen die Effizienz der Produktion zu steigern, ohne Umwelt, Klimaschutz und Biodiversität zu gefährden. Innovationen müssen deshalb aktiv gefördert werden, um Nachhaltigkeit und Produktivität miteinander zu verbinden. Nur durch Offenheit für neue Technologien kann die Landwirtschaft auf die vielfältigen und komplexen Herausforderungen der Zukunft reagieren.

Die Nutzung neuer Züchtungsmethoden, vor allem der CRISPR/Cas-Technologie, bietet eine bedeutende Chance für die Entwicklung einer nachhaltigen, zukunftsorientierten Landwirtschaft. Mit ihrer Hilfe können Pflanzen gezielt und präzise an neue klimatische Herausforderungen angepasst werden. Diese Technologien verringern den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln und Düngern und unterstützen so eine umweltschonendere Landwirtschaft. Insbesondere die CRISPR/Cas-Technologie ermöglicht die Entwicklung von Pflanzen, die widerstandsfähiger gegenüber Krankheiten und Schädlingen sind, was den Bedarf an chemischen Pflanzenschutzmitteln deutlich reduzieren kann. Darüber hinaus können Pflanzen gezielt an veränderte klimatische Bedingungen angepasst werden, was die Landwirtschaft widerstandsfähiger gegen die Folgen des

Klimawandels macht. Mit neuen Züchtungsmethoden lassen sich Pflanzen mit höherer Nährstoffeffizienz entwickeln, die weniger Wasser und Dünger benötigen. Dies fördert eine nachhaltige Intensivierung der Landwirtschaft und trägt zur Reduzierung des Flächenverbrauchs bei. Studien zeigen, dass der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel in Gebieten mit gentechnisch veränderten Pflanzen im Durchschnitt um 37 % zurückging, während die Erträge um 22 % stiegen (<https://journals.plos.org/plosone/article?id=10.1371/journal.pone.0111629>).

Im Vergleich zur traditionellen Gentechnik finden mit CRISPR/Cas natürliche Prozesse statt. Die Methode bringt keine fremden Gene in die Pflanze ein (wie bei traditioneller Gentechnik), sondern verändert gezielt bestehende Gene, wie es auch in der Natur vorkommt. Dies beschleunigt die Entwicklung neuer Pflanzensorten erheblich und macht sie für Forscher schneller und kostengünstiger zugänglich. Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, ist es wichtig, dass die EU die regulatorischen Rahmenbedingungen für neue Züchtungsmethoden anpasst. Länder wie die USA und Kanada haben bereits fortschrittliche Regelungen etabliert, die den Einsatz dieser Technologien fördern. Einheitliche Regelungen innerhalb der EU würden Unternehmen und Landwirten die notwendige Rechtssicherheit geben, um diese Innovationen gezielt einzusetzen und die Landwirtschaft umweltfreundlicher und produktiver zu gestalten.

Mehrere deutsche Forschungseinrichtungen unterstützen die Entwicklung neuer Züchtungstechnologien. Dazu zählen das Max-Planck-Institut für Pflanzenzüchtungsforschung (MPIZ), das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Auch die Nationale Akademie der Wissenschaften Leopoldina setzt sich für eine wissenschaftsbasierte Diskussion und Förderung dieser Technologien ein.

Damit neue Züchtungsmethoden wie CRISPR/Cas in der europäischen Landwirtschaft angewendet werden können, ist eine Novellierung des EU-Gentechnikrechts notwendig. Diese Anpassungen würden erlauben, dass die neuen Züchtungsmethoden auch in der konventionellen und biologischen Landwirtschaft eingesetzt werden, um eine nachhaltigere und wettbewerbsfähigere Landwirtschaft in Europa zu fördern. Durch Anpassungen der Gesetzgebung kann die EU sicherstellen, dass diese Innovationen zum Wohle von Umwelt, Gesellschaft und Wirtschaft gezielt genutzt werden können. Mit den Vorschlägen, die seitens der EU-Kommission seit Juli 2023 vorliegen, werden die Weichen für eine Zukunft nachhaltiger Landwirtschaft mit moderner Pflanzenzüchtung gestellt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- sich auf europäischer und internationaler Ebene für wissenschaftlich fundierte Rahmenbedingungen neuer Züchtungsmethoden einzusetzen, das Potenzial neuer Technologien auszuschöpfen und Innovationen zu ermöglichen;
- in europäischen und internationalen Gremien eine Harmonisierung der Regelungen voranzutreiben, die den Binnenmarkt stärkt und den Zugang zu innovativen Technologien sicherstellt;
- den Legislativvorschlag der Europäischen Kommission zur Harmonisierung der Züchtungsmethoden zu unterstützen;
- eine unbürokratische Umsetzung sicherzustellen, um Landwirten den Zugang zu modernen Technologien zu erleichtern;
- sich dafür einzusetzen, dass Deutschland und die EU eine führende Rolle bei der Erforschung und Entwicklung neuer Züchtungsmethoden einnehmen, um den Innovationsstandort Europa zu stärken;
- die Rahmenbedingungen für den Aufbau von Forschungspartnerschaften mit Universitäten und Unternehmen der Agrar- und Biotechnologie zu verbessern und so

die wissenschaftliche Zusammenarbeit im Bereich der neuen Züchtungsmethoden zu intensivieren;

- sicherzustellen, dass neue Züchtungsmethoden als eine entscheidende Komponente in der Gemeinsamen Agrarpolitik berücksichtigt werden und zur Erreichung der Umwelt- und Klimaziele bei gleichzeitiger Ertragssicherheit beitragen;
- das Vertrauen der Öffentlichkeit in die neuen Technologien zu stärken.

Berlin, den 4. Dezember 2024

Christian Dürr und Fraktion

